

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Abz. teleph. erteilt. Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Adressen nach Tarif, der jedoch bei gerichtl. Eintreib. od. Kontoführ. hinlänglich wird. Erscheinungsart: Altensteig, Gerichtsstand Nagold. Bezugspreis: Monatl. durch Post 1.50 M., durch Agent. 1.40 M., die Einzelnummer kostet 10 Pf. Bei Nichterhalten der Zeitung infolge hoh. Gewalt od. Betriebsstörung beliebt kein Anspruch auf Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum 15 Pf., die Reklamezeile 45 Pf. Lieferung der Zeitung: Postk. Konto Stuttgart 5780 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt“ / Telef. 11.

Nummer 56

Altensteig, Dienstag, den 7. März 1933

56. Jahrgang

52 Prozent

Die Schlacht ist geschlagen, der Sieg errungen, der Sieg, den die nationale Regierung sich zum Ziel gesetzt hatte. Die Partei des Reichstanzlers ist es, die als Siegerin hervorgegangen ist und so bedeutet der Wahlerfolg ein überaus starkes Vertrauensvotum für das Kabinett Hitler-Papen-Hugenberg-Seldte. Die Parteien haben es nicht notwendig, auf die Unterstützung des christlich-nationalen Blocks angewiesen zu sein, mit dem Optimisten gerechnet hatten. Das Zentrum, ohne das bisher keine Regierung gebildet werden konnte, ist ausgeschaltet. Daß der Erfolg der Nationalsozialisten über den Bestehenden vom 31. Juli 1932 hinausging, zeugt von der ungeheuren organisatorischen und werbenden Arbeit ihrer Partei und der Person ihres Führers. Mehr als 17 Millionen Menschen haben sich hinter das Hakenkreuzbanner gestellt, weil es ihnen gelang, einen großen Teil der Partei der Nichtwähler zu mobilisieren und anderen Parteien Wählerstimmen abzuschöpfen. Man spricht von einem Sieg der Rechten, wie man im Jahre 1919 von dem Sieg der Linken redete.

Der Realpolitiker wird sich mit den gegebenen Tatsachen abfinden, die so eindeutig schon dadurch gekennzeichnet sind, daß der unerquickliche Streit zwischen Reich und Preußen durch den Sieg der Regierungsparteien entschieden ist, so daß der Staatsgerichtshof in Leipzig kaum mehr viel zu sagen haben wird. Hierher gehört auch das Ergebnis von Bayern, wo zum erstenmal das bayerische Zentrum, die Bayerische Volkspartei, nicht mehr die stärkste Partei ist, vielmehr die vier bayerischen Wahlbezirke einen überwiegenden Sieg den Nationalsozialisten brachten. Man sehe sich nur die Ergebnisse von Oberbayern-Schwaben, Niederbayern, Franken und der Pfalz an! Ganz ähnlich ist das Bild in Württemberg und Baden. Selbst im „roten“ Berlin ist der Erfolg stark, ist doch zum erstenmal seit 1918 dort die bisherige Mehrheit der sozialistischen und kommunistischen Stimmen gebrochen, wenn auch nicht allein durch die Nationalsozialisten, so doch zusammen mit den bürgerlichen Parteien.

Der tiefere Sinn der Wahl liegt darin, daß die Ueberwindung des deutschen Verfassungslebens in den starren Formen westlicher Formaldemokratie zerbrochen ist, die nationale Idee den Sieg errungen hat. Die vielgehörte Meinung, das Kabinett werde nach der Wahl auseinanderfallen an inneren Gegensätzen, ist zerfallen, denn die Verbundenheit des nationalen Gedankens ist so stark, daß alle Sprengversuche vergeblich sein werden. War es schon ein Meisterstück diplomatischen Geschicks des früheren Reichstanzlers von Papen, innerhalb weniger Tage die nationale Koalition auf die Beine zu stellen, so muß es auch in Zukunft gelingen, alle Kräfte zu umschiffen wie am Wahltag, wo 52 Prozent der Wähler ihr nationales Vertrauen zur Reichsführung betundet haben. Nationalsozialisten und Deutschnationalen haben im Reichstag 16 Abgeordnete mehr als die zur Mehrheitsbildung notwendige Zahl von 224 Abgeordneten. Nimmt man dazu noch den Christlich-nationalen Block, der im Wahlkampf die Tolerierung der Regierung proklamierte, und schließlich das Zentrum, das in den Äußerungen seiner Führer für die Zeit nach der Wahl alle Türen offen ließ hinsichtlich seiner Stellung zur Regierung, so könnte sogar eine Zweidrittel-Mehrheit erreicht werden, die für Verfassungsänderungen auf legalem Wege notwendig ist. Diese Klarheit in unseren Partei- und Mehrheitsverhältnissen ist das Erträglichste wie die Befestigung der dauernden Benützung der Wählermassen.

Der neue Reichstag

Berlin, 6. März. Nach den bis Montag mittag beim Reichswahlleiter vorliegenden Meldungen wird sich der Reichstag bei einer Wahlbeteiligung von 85,5 Prozent wie folgt zusammensetzen:

Nationalsozialisten	288	Sitze (196)
Sozialdemokraten	120	Sitze (121)
Kommunisten	81	Sitze (100)
Zentrum	73	Sitze (70)
Schwarz-Weiß-Liste	52	Sitze (53)
Bayerische Volkspartei	19	Sitze (20)
Deutsche Staatspartei	5	Sitze (2)
Deutsche Volkspartei	2	Sitze (11)
Christlich-Soziale	4	Sitze (5)
Deutsche Bauernpartei	2	Sitze (2)
Württ. Bauernbund	1	Sitz (2)

Die politische Lage nach den Wahlen

Heute Kabinettsitzung

Berlin, 6. März. Reichstanzler Hitler ist am Montag mittag vom Reichspräsidenten empfangen worden, um über das Wahlergebnis Bericht zu erstatten. Das Reichskabinett wird am Dienstag nachmittag eine Kabinettsitzung halten. Vor dieser wird um 4.15 Uhr noch eine besondere Ministerbesprechung stattfinden. Ob ein Aufruf in dem die Reichsregierung zur Wahl Stellung nimmt, herauskommt, ist noch nicht bekannt. Aus der Tagesordnung der Kabinettsitzung steht selbstverständlich vor allem eine Besprechung des Ausganges der Wahlen und der Konsequenzen, die sich daraus für die Beurteilung der politischen Lage ergeben. Daneben werden dann noch diejenigen Fragen behandelt, die ursprünglich schon für die Kabinettsitzung in Aussicht genommen waren. Es handelt sich dabei um landwirtschaftliche Fragen, die Einfuhrkontingente und die Bewirtschaftung der Oele und Fette. Eine außenpolitische Aussprache ist zwar in der Tagesordnung nicht vorgesehen, es ist aber, angesichts der Wichtigkeit, die die Außenpolitik im Augenblick hat, anzunehmen, daß auch diese Fragen erörtert werden. Man rechnet in politischen Kreisen bestimmt damit, daß sowohl der Reichstag wie auch der Landtag so bald wie möglich, in etwa 14 Tagen bis drei Wochen, einberufen werden, und daß die Regierung ein Ermächtigungsgesetz fordern wird. Dieses Ermächtigungsgesetz soll nach Möglichkeit auch verfassungsändernd sein. Wenn in der Öffentlichkeit verschiedentlich von einer Vorlage über die Änderung der Reichsform gesprochen wird, so kann demgegenüber festgestellt werden, daß die Reichsregierung sich mit dieser Frage noch nicht beschäftigt hat.

Was die Preußenfrage anbetrifft, so ist man in Kreisen, die der Reichsregierung nahestehen, der Auffassung, daß durch die Wahl die Preußen-Klage praktisch hinfällig geworden ist, da der Landtag selbstverständlich bald eine reguläre Regierung bilden wird und angesichts einer ordnungsmäßigen Ministerpräsidentenwahl die Frage keinerlei Bedeutung mehr hat. Es dürfte die

Frage sein, ob der Staatsgerichtshof dann lediglich die rein formalrechtlichen Verhandlungen weiterführen wird.

In diesem Zusammenhang erheben wir weiter von unterrichteter Seite die Behandlung der Hamburger Angelegenheit als eine rein reformmäßige Angelegenheit des Reichsinnenministeriums anzusehen ist und in der Reichsregierung dementsprechend behandelt wird. Es ist nichts darüber bekannt, daß gegen andere Länderregierungen ähnliche Maßnahmen geplant sind.

Was wird mit dem Reichstag?

Berlin, 6. März. Wie das Nachrichtenbüro des B.d.Z. meldet, wird sich vermutlich am Dienstag entscheiden, ob der neue Reichstag, abgesehen von der Eröffnungssitzung in der Garnisonkirche in Potsdam, seine weiteren Arbeitssitzungen in dem Exerzierhaus „Langer Stall“ wird abhalten können. Es hat den Anschein, als ob die Ansichten der Sachverständigen, die betragt wurden ein wenig auseinandergehen. Einige der Sachverständigen schätzen das Exerzierhaus für technisch ungeeignet zu halten, da es vielleicht erhebliche Umbauten erfordern würde. Es verlaute, daß die Sachverständigen über das Ergebnis ihrer Voruntersuchungen binnen kurzer Zeit dem Reichstanzler Hitler und dem Reichstagspräsidenten Göring eingehend Bericht erstatten werden. Erst im Anschluß daran ist mit einer Entscheidung zu rechnen. Man kann daher zur Stunde noch nicht mit Gewißheit sagen, ob die Arbeitssitzungen des Reichstages tatsächlich im „Langer Stall“ durchgeführt werden. Was den Termin des Zusammentritts des Reichstages anlangt, so steht noch immer der 22. März, der Geburtsstag Kaiser Wilhelms des Ersten, im Vordergrund. Eine Entscheidung des Kabinetts über diese Frage wird für Dienstag erwartet.

Das verkörperte Deutschland

Ueber den Wahlausgang schreibt der „Völkische Beobachter“:

Als am Vorabend der Schicksalswahl das altniederländische Dankgebet und die Gloden des Königsberger Doms im Rundfunk verklingen waren, da gab es wohl keinen Menschen im Deutschland mehr, ob Freund oder Feind, der nicht die Gewißheit hatte: Die Nation ist erwacht, die Entscheidung kann niemand mehr aufhalten, das deutsche Volk wird sich für die Regierung des Reichstanzlers Hitler entscheiden.

Heute ist diese Entscheidung gefallen. Nicht nur im Sinne einer formalen Mehrheit, die überhaupt gar niemals irgendwie für den Fortbestand der nationalen Regierung Vorbedingung sein konnte, sondern im Sinne einer überwältigenden Kundgebung des deutschen Volkes für das Freiheitsprogramm des Führers Adolf Hitler. Und wenn man die Verbündeten und die Verbündeten, die sich mit ihrer verbissenen Entscheidung für das bolschewistische Nordbrennertum der KPD, am heutigen Tage endgültig ihrer politischen Rechte begeben haben, ausscheidet, dann tritt die deutsche Front für die Rettung des Volkes und den Neubau des Reiches so mächtig in Erscheinung, daß kein Zweifel mehr gestattet sein kann: Die Nation hat sich wiedergefunden, Deutschland hat seinen Keitern Vollmacht erteilt für alle Maßnahmen, die notwendig werden, um aus den Trümmern des Novemberstems wieder einen Staat zu bauen, der diesen Namen verdient, und wieder einen Lebensraum zu schaffen, in welchem das Volk atmen kann.

Nach niemals hat sich eine solche Einheitsfront gefunden, wie an diesem Sonntag des 6. März. 17 Millionen haben als Nationalsozialisten bekannt, daß sie ein Ende machen wollen mit dem Parteienstaat, ein Ende mit der marxistischen Fäulnis und ihren bürgerlichen Helfershelfern, ein Ende mit dem Klassenkampf der Interessenspolitik, des Konfessionshaders, ein Ende mit den Irrlehren völkerverfälschender Mächte. Der Nationalsozialismus ist heute im Begriff, Deutschland zu werden. Unet so viel verkannter Anspruch auf Totalität ist nichts anderes, als unser Weg zur Verlöcherung des ganzen Deutschland. Dieser Weg wird weitergegangen, nichts und niemand kann ihn uns versperren.

Massenkundgebung der Nat. Sozialisten im Sportpalast

Dr. Göbbels über den Wahlsieg

Berlin, 6. März. Die Nationalsozialisten veranstalteten am Montagabend zur Feier ihres Wahlsieges ein Massentreffen im Berliner Sportpalast, das von der Berliner Bevölkerung außerordentlich stark besucht war. Prinz August Wilhelm und Reichspropagandaleiter Dr. Göbbels und weitere zahlreiche Persönlichkeiten der Partei, die an der Veranstaltung teilnahmen, wurden mit stürmischen Heulrufen begrüßt. Bekannte Marschweisen, gespielt von mehreren SA-Kapellen, und der Gesang vaterländischer Lieder leiteten die Kundgebung ein. Dann sprach Abg. Göbbels. Er erklärte, daß sich in den letzten drei Jahren in Deutschland ein historisches Wunder abgespielt habe. Ein gan-

Deutsche Führer über den Sieg

Unter der Überschrift „Zurück zur Freiheit“ deutsche Führer über den Sieg der Nationalregierung bringt die Deutsche Zeitung Äußerungen von einer ganzen Reihe führender Persönlichkeiten der Rechten über das Wahlergebnis:

Reichstanzler v. Papen sagt: Der Wahlausgang hat gezeigt, daß das deutsche Volk in seiner Mehrheit dem Auftrag des Herrn Reichspräsidenten, den er am 30. Januar der Regierung der nationalen Erhebung erteilt hat, zugestimmt hat. Das Ergebnis in Süddeutschland hat mit Nachdruck die Reichstreue des deutschen Südens erwiesen. — Reichsinnenminister Dr. Frick sieht in dem Wahlergebnis den Dank und das Bekenntnis des deutschen Volkes für Adolf Hitler. Das deutsche Volk habe der unter Hitlers Führung stehenden Reichsregierung in einer überwältigenden Vertrauenskundgebung den Auftrag erteilt, in vier Jahren den Wiederaufstieg Deutschlands durchzuführen. Es könne sich darauf verlassen, daß die Reichsregierung als Treuhänder des Volkes alle Kräfte einsetzen werde, um das Vertrauen der Volksgenossen zu rechtfertigen. — Reichsminister Freiherr von Helldorf sagt, das Wahlergebnis habe die Hoffnung weiter Volkstreue bestätigt, daß nunmehr auf längere Zeit einer festen und entschlossenen Regierung die Möglichkeit gegeben werde, in ruhiger und sachlicher Arbeit die großen Probleme der Gegenwart zu lösen und das deutsche Volk einem neuen Aufstieg entgegenzuführen. Weitere Äußerungen bringt das Blatt von führenden Abgeordneten und hohen Beamten.

Bayern und das Wahlergebnis

München, 6. März. In politisch mahnbekanntem Kreise Bayerns wird die Möglichkeit einer Auflösung des bayerischen Landtags auf alle Fälle ins Auge gefaßt, falls die Verhandlungen über die Regierungsumbildung in Bayern zwischen Nationalsozialisten und Bayerischer Volkspartei nicht zu einem Erlöse führen sollten.

Die Auslands-Presse schreibt:

Paris, 6. März. Im Ergebnis der Reichstagswahlen sehen die Morgenblätter den Sieg des Nationalsozialismus. Die triftigen Einschlägler erklären, wie z. B. „Deuxieme“, daß der Arbeiterblock immer noch recht stark bleibe. Noch stellt man die etwaigen politischen Wertungen des Wahlergebnisses nicht in den Bereich der Betrachtungen, nur einige rechtsstehende Blätter, vor allem „Echo de Paris“, beileben sich, bereits daraus den Schluß zu ziehen, daß nunmehr bei diesem Anstoß wiederum seinen starken Wunsch nach einer deutsch-französischen Ausöhnung auf Grund einer vernünftigen, ehrenhaften Vertragsvereinbarung. „Figaro“ schreibt: Deutschland ist erwacht. Hoffentlich wird Frankreich, während Deutschland seine Kräfte ausstreckt, nicht vollständig einklinkern.



des Systems sei zu Fall gekommen. Wie groß die Gefahr gewesen sei, in der Deutschland schwelge, sei bei der Aufhebung der kommunistischen Umsturzpläne festgestellt worden. Früher habe man gegen den Bolschewismus nur die staatliche Macht eingesetzt; jetzt sei diese staatliche Macht auch von der Volksbewegung getragen. Der Bolschewismus sei heute keine politische Angelegenheit mehr, sondern nur noch eine Angelegenheit, für die sich die Polizeiämter und die Staatsanwälte interessieren. Der Sieg der nationalsozialistischen Bewegung sei der größte, den jemals eine politische Partei erlitten habe. Der Reichstag sei gewählt worden, um der Regierung die nötige Rückendeckung zu geben. Der Reichstag werde zu einer kurzen Tagung zusammengetreten und der Regierung ein auf sehr lange Zeit deutliches Vertrauensvotum geben. Zu der vielfach gedauerten Befürchtung, bei der Tagung in Potsdam könne das Gotteshaus durch den Marxismus entweiht werden, erklärte Dr. Göbbels, er könne mit aller Bestimmtheit feststellen, daß diese Gefahr nicht bestehe. Die Regierung werde sich, so erklärte er weiter, ihre Aufbauarbeit nicht hemmen und nicht hören lassen. Sie werde auch Arbeit schaffen, allerdings nicht so, wie sich das der Illusionist vorstelle, daß die Arbeitslosigkeit in zwei oder drei Wochen verschwunden sei. Dazu bedürfe es eines ganz großen umfassenden Reformwerkes, das den ganzen Volks- und Staatskörper auszuheilen bestrebt sei. Es werde einst der Augenblick kommen, wo die nationalsozialistische Bewegung und das deutsche Volk ein und dasselbe geworden seien. Die Menge dankte Dr. Göbbels mit brausendem Beifall.

Hugenberg an die Deutschnationale Volkspartei

Berlin, 6. März. Dr. Hugenberg hat an die Landesverbände und Kreisvereine der Deutschnationalen Volkspartei einen Aufruf gerichtet, in dem es u. a. heißt:

Die Wahl hat der nationalen Regierung die Mehrheit gebracht. Im Reich und in Preußen sind klare Möglichkeiten für eine durchgreifende Aufbauarbeit geschaffen. Dem Marxismus ist der Rückweg zur Macht versperrt. Dem Zentrum ist zum ersten Male seit 1918 seine verhängnisvolle parlamentarische Schlüsselstellung in der deutschen und in der preussischen Politik genommen. Alle außerhalb der geschlossenen Gefolgschaft der Regierung stehenden schwankenden Gruppen sind zu völliger Bedeutungslosigkeit verurteilt.

Die Wahlergebnisse des 6. März haben erneut bewiesen, daß die in christlich-konservativer Staatsauffassung unter der schwarz-weiß-roten Fahne verbundenen Volksträfte einen starken und unerschütterlichen Block darstellen.

Schon am nächsten Sonntag bei den preussischen Kommunalwahlen ist eine neue ernste Probe für unsere Kampfkraft abzulegen. Auch hier haben wir die feste Zuversicht, daß es gelingt, in der Selbstverwaltung überall Vertretungen zu schaffen, in denen Männer und Frauen unserer Anschauung im Rahmen nationaler Gesamtmehrheiten an dem großen Werke mitarbeiten können, dem sich nunmehr, von parlamentarischen Widerständen befreit, die Regierung der nationalen Einigung widmen kann.

Rücktritt der badischen Regierung gefordert

Karlsruhe, 6. März. Der Gauleiter der NSDAP, Bodens und Führer der nat.-soz. Landtagsfraktion Abg. Köhler hat an die badische Staatsregierung einen Brief gerichtet, in dem anstandslos der durch die Wahlen neu geschaffenen Situation im Reich der sofortige Rücktritt der badischen Regierung und die Bildung einer neuen Regierung unter nat.-soz. Führung gefordert wird.

Die badische Regierung und der Brief des Gauleiters Köhler

Wie verlautet, wird das Staatsministerium in seiner Antwort auf den Brief des nationalsozialistischen Gauleiters und Fraktionsführers Köhler, der den Rücktritt der Regierung forderte, auf den Paragraph 52 der badischen Verfassung verweisen, wonach eine Umbildung der Regierung Sache des Landtags ist.

Die badische Regierung zu dem Flaggenschiffen

Karlsruhe, 6. März. Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt: Im Laufe des Montags sind, ohne daß dies irgendwie vorausgesehen war, von der Volksmenge auf einigen kanalischen Gebäuden Parteiflaggen gehißt worden. Die Regierung ist diesen Aktionen deshalb nicht mit Gewalt entgegengetreten, weil ihr bekannt war, daß unter der Bevölkerung das richtige Gerücht verbreitet war, die Reichsregierung habe das Hiszen dieser Flaggen angeordnet. Um die Wiederherstellung der geordneten Zustände ohne Blutvergießen zu erreichen, habe die badische Regierung sich einerseits an Staatssekretär Dr. Reikner beim Herrn Reichspräsidenten gewandt, andererseits nationalsozialistische Mitglieder der Reichsregierung gebeten, die Nationalsozialistische Partei in Baden und ihre Anhänger über die Unrichtigkeit dieser Gerüchte aufzuklären, und dem die Gauleitung der Nationalsozialisten in Baden veranlaßt darauf hinzuwirken, daß weitere Parteiflaggen nicht mehr gehißt und die gehißten noch am gleichen Tage entlernt werden. Die örtlichen Parteibehörden werden in den nächsten Tagen, soweit die Voraussetzungen des Artikels 123 Abs. 2 der Reichsverfassung gegeben sind, Versammlungen unter freiem Himmel und Umzüge unter freiem Himmel nicht gestatten.

Regierungshilfe in Lübeck

Lübeck, 6. März. Nachdem noch vor kurzem in der Lübecker Bürgerschaft ein Mißtrauensantrag gegen den Senat abgelehnt wurde, hat der Ausfall der Wahl am Sonntag nunmehr zur Auflösung der Koalition geführt. Der sozialdemokratische Bürgermeister Löwit, die SPD-Senatoren Mehrlein, Henze und Haas und der nationalsozialistische Senator Schödel haben ihren Rücktritt erklärt. Gleichzeitig wurde auch in Lübeck ein Wechsel in der Polizeileitung vorgenommen.

Hessenregierung fordert Landtagswahlen

Darmstadt, 6. März. Amtlich wird mitgeteilt: Im Hinblick auf das Ergebnis der Reichstagswahl hat die hessische Staatsregierung an den Landtagspräsidenten des Ersten am 5. März eine Einberufung des Landtages gerichtet mit dem Antrag auf Auflösung des Landtages und sofortige Wiederernennung der Neuwahlen. Für den Fall der erneuten Ablehnung des Antrages im Landtag hat sich die Regierung entschlossen, auf Grund eines von der Regierung in die Wege geleiteten Volksbeschlusses von sich aus unversäglich die Auflösung und Neuwahl des Landtages herbeizuführen, damit entsprechend ihrer wiederholt öffentlich zum Ausdruck gebrachten Ansicht so rasch wie möglich auf verfassungsmäßiger Grundlage die Neubildung der Regierung des Volksstaates vollzogen werden kann.

Vor der Ministerpräsidentenwahl in Preußen

Berlin, 6. März. Wie in preussischen parlamentarischen Kreisen verlautet, darf als sicher angenommen werden, daß der Preussische Landtag nach der konstituierenden ersten Sitzung die Neuwahl eines Ministerpräsidenten auf die Tagesordnung setzen wird. Die Regierungsparteien, Nationalsozialisten und Kampffront Schwarz-Weiß-Rot, verfügen nunmehr im preussischen Parlament über die erforderliche Mehrheit aller gewählten Abgeordneten, die ohne weiteres imstande ist, den Kandidaten dieser Mehrheit zum Ministerpräsidenten zu wählen. Ob Herr von Papen als Ministerpräsident für Preußen in Frage kommt, steht im Augenblick noch nicht fest, dürfte sich aber in kürzester Frist entscheiden. Auch Reichsminister Göring ist schon genannt worden. Bisher ist ein Termin für die erste Landtagssitzung noch nicht bestimmt worden; man denkt an den 1. April, dem Geburtstag Bismarcks.

Verteilung der Mandate im Preussischen Landtag

Berlin, 6. März. Nach den amtlichen Feststellungen verteilen sich die 474 Mandate im Preussischen Landtag folgendermaßen:

Nationalsozialisten	211 (132)
Sozialdemokraten	80 (94)
Staatspartei	3 (2)
Kommunisten	63 (57)
Zentrum	68 (67)
Schwarz-Weiß-Rot	43 (41)

Volkspartei, Christlicher Volksdienst und Hannoveraner zw. &

Reichskommissare für Bremen und Hessen

Reichskommissare für Polizei für Bremen und Hessen

Berlin, 6. März. Da die wegen Nichtrücktritts marxistischer Senatoren in der Bevölkerung Bremens hervorgerufene Erregung einen Ausbruch von Unruhen befürchten läßt, hat der Reichsminister des Innern aufgrund des Paragraphen 2 der Verordnung zum Schutz von Volk und Staat für die Reichsregierung die Befugnisse der obersten Landesbehörde übernommen, soweit dies zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit erforderlich ist. Mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Polizeipräsidenten hat sie den stellvertretenden Direktor des Arbeitsamtes Bremen, Dr. Markert, bis auf weiteres beauftragt.

Auf der gleichen gesetzlichen Grundlage hat die Reichsregierung in Hessen eingegriffen. Mit der Wahrnehmung der Geschäfte im Rahmen der angegebenen Befugnisse ist dort Regierungsrat Dr. Müller vom Finanzamt Mosel-Oberhessen beauftragt worden.

Der bremische Senat zurückgetreten

Bremen, 6. März. Der gesamte bremische Senat ist heute zurückgetreten.

Ueberfall auf Polizei und SA-Kolonnen in Altona

Drei Tote, 14 Schwerverletzte

Altona, 6. März. In der Freiheit am Ringmarkt und am Gachlerplatz ist es heute abend gegen 22 Uhr zu schweren Schießereien gekommen, die augenblicklich noch andauern. Einstweilen liegen darüber nur nicht nachprüfbar Berichte von privater Seite vor. Danach wurden durch Kommunisten planmäßig Ueberfälle auf Polizei und SA-Kolonnen unternommen. Die Polizei habe zur Abwehr der Angreifer schließlich Panzerwagen einsetzen müssen. Die Kämpfe zogen sich durch mehrere Straßen im Gebiet der Stadtgrenze hin. Bis um 22.30 Uhr sollen ein Toter und fünf Schwerverletzte geborgen sein. Da in der gleichen Zeit auch im benachbarten Hamburger Stadtteil Eimsbüttel vereinzelt Schüsse fielen, so nimmt man an, daß es sich um eine Aktion von linksradikaler Seite handelt. Die Polizei ist mit starken Kräften unter Einsatz aller verfügbaren Schnellwagen unterwegs, und hält die Grenze zwischen Hamburg und Altona abgeriegelt. Die Schießerei war um 23 Uhr zu Ende. Vereinzelt fielen aber immer noch Schüsse. Die Patrouillen der Polizei sind mit Karabinern und Stahlhelm ausgerüstet. Nachdem die SA-Abteilungen die Absperrung übernommen hatten, nahm die Polizei systematische Durchsuchungen der Häuser vor, wobei zahlreiche Verdächtige festgenommen wurden. Bis 23 Uhr waren zwei Tote und 8 Schwerverletzte, darunter 4 Polizeibeamte, gemeldet. Ein amtlicher Bericht liegt noch nicht vor.

Hakenkreuz und schwarz-weiß-rot

Dessau, 6. März. Montag wurden auf dem Dessauer Regierungsgebäude in Gegenwart von Ministerpräsident Treubers, Staatsminister Dr. Knorr und des Stahlhelmführers vom Gau Anhalt die schwarz-weiß-rote Flagge und die Hakenkreuzfahne gehißt. Dem feierlichen Akt wohnte eine vieltausendköpfige Menge bei.

Darmstadt, 6. März. In der Nähe der Ministerien kam es heute zu Zusammenstößen. In den frühen Morgenstunden war eine schwarz-rot-goldene Fahne auf dem Lustplatz vor dem Landtagsgebäude verbrannt worden. Auf dem Landtagsgebäude selbst wurde die Hakenkreuzfahne gehißt. Auch wurde versucht, zu Minister Leuschner vorzudringen, doch verhinderte die Polizei das Eindringen in das Ministerium. Zu irgendwelchen Zwischenfällen anderer Art ist es nicht gekommen.

Unsere Zeitung bestellen!

Ausfahrungen gegen deutsche Wähler in Riga

Riga, 6. März. Die aus Litzki nach Erfüllung ihrer Wohlpflicht heimkehrenden Reichsdeutschen wurden beim Eintreffen auf dem hiesigen Bahnhof von politischen Gegnern der Nationalsozialisten in übler Weise beschimpft und auch tätlich angegriffen. Auf dem Bahnsteig hatten sich etwa 100 lettische sozialdemokratische Arbeiterportier eingeschoben, die die Ankommenenden mit Niedertrüben empfingen und die Aussteigenden angriffen. Bei dem Handgemenge wurden einige Personen verletzt. Die Polizei verhaftete 16 der Demonstranten, deren Führer, der Sohn des Saemo-Präsidenten Kalmis, ebenfalls auf dem Bahnsteig bemerkt wurde. Die Ausschreitungen werden auf einen Gehartitel der lettischen Zeitung „Sozialdemokrats“ zurückgeführt, in dem das Blatt gegen das Sympathisieren der Begleitung der zur Wahl fahrenden Reichsdeutschen mit Hitleranhängern polemisiert hatte.

Die Arbeit am Vierjahresplan

Nach der Wahl beginnt die Arbeit am Vierjahresplan. Die Voraussetzungen, von denen er ausgehen muß, unterstucht in der „Täglichen Rundschau“ ein sachmännischer Mitarbeiter:

Die heutige Not ist verbunden mit einer gefährlichen Bitterkeit, in der unklar das Gefühl der Menge zum Ausdruck kommt, daß in unserer jetzigen Lebens- und Wirtschaftsordnung etwas nicht stimmt. Sie ist ferner verbunden mit dem Gefühl des Entwurzelungs und dem Gefühl, daß die Seele des Menschen angegriffen hat und zerfallen muß, wenn die Wiederverwurzelung nicht gelingt.

In der Mitte der Planung muß daher der Mensch stehen, nicht als gutverwertendes Tier, sondern als im Boden verwurzelter Träger einer lebendigen Seele. Der Wirtschaftsjahresplan muß überwirtschaftliche Ziele haben.

Theoretisch könnte die Planung auch international sein; sie scheitert aber nicht nur an dem politischen Eigenwillen der Nationalstaaten, sondern sie vergeht sich auch an dem Grundgesetz, daß nur ein bodenverwurzeltes, seinen Boden heilig haltendes Volk lebendig bleibt. Internationale Planung würde unser Volk mit seinem tiefen Boden noch mehr als heute entwurzeln. Internationale Planung ist deshalb sogar die größte Gefahr für uns, größer noch als die Abhängigkeit von der internationalen, wirtschaftsliberalen Weltwirtschaft.

Planung kann also nur national sein. Nur auf dem Grunde nationaler Planung können die notwendigen und gebunden internationalen Regelungen aufgebaut werden. Planung ist aber nicht nur notwendig Nationalwirtschaft, sondern Nationalwirtschaft ist auch notwendig Planwirtschaft; daher bejahen wir voll die letzten Maßnahmen des Staatssekretärs von Rohr, die die klare Richtung auf Nationalwirtschaft haben und die infolgedessen — was eben unangenehm ist — auch vor planenden Eingriffen in die Wirtschaft — über den Rahmen der Handelspolitik hinaus — nicht zurückweichen.

o. Rohr bezweckt zunächst ein gerechtes Preisverhältnis zwischen den landwirtschaftlichen Erzeugnissen einerseits und den gewerblichen und industriellen andererseits. Richtig ist, daß nur auf diese Weise das Schicksal unseres tiefen Bodens Gesamtschicksal des deutschen Volkes werden kann. Nationalwirtschaft aber heißt: einem wirtschaftlichen Gesamtschicksal sich unterwerfen.

Aber die Preisangleichung reicht allein nicht. Zwar wird die verstärkte Kaufkraft der Landwirtschaft und der von ihr unmittelbar abhängigen Gewerbe die gesamte übrige Wirtschaft befruchten. Soweit hat Rohr recht. Aber es muß nun weiter dazu kommen planmäßige Arbeitsbeschaffung größten Stils. Nur durch sie kann die Verbrauchskraft der 7 Millionen Arbeitslosen, die mit Angehörigen etwa 20 Millionen ausmachen, wieder auf eine gesunde Höhe gebracht werden; und diese größte Verbrauchskraft allein kann die Wirtschaft einschließlich der Landwirtschaft beleben.

Die Arbeitsbeschaffung muß vor allem auch der Wiederverwurzelung unseres Volkes im Grund und Boden dienen. Daher: Vermehrung der landwirtschaftlichen Erzeugung und Erzeugungsflächen sowie Heimstättenbildung. Für den Erfolg ist die Rohrsche Preisangleichung zwar Voraussetzung, aber nicht die einzige.

Außerdem muß ein Wirtschaftsjahresplan umfassen: Ueberwachung des Außenhandels, der Devisenbewirtschaftung, der Lohn- und Preispolitik, der Kreditverteilung. Das Ziel muß sein eine artige deutsche Planung, die nicht die russische Planung zum Vorbild nimmt, sondern ihrerseits Vorbild wird für die Volkswirtschaft der anderen Völker, die heute noch wirtschaftsliberal geführt werden. Dieses Vorbild zu schaffen scheint das deutsche Volk durch sein Schicksal berufen zu sein.

Damit ist die Aufgabe der gegenwärtigen Regierung umrissen. Weicht diese Regierung ohne Erfolg, so kann sie nicht friedlich von einer anderen abgelöst werden, sondern reißt innen- und außenpolitisch das deutsche Schicksal mit sich selbst in den Abgrund. Und sie kann und wird keinen Erfolg haben, wenn sich der richtige nationalsozialistische Instinkt von den wirtschaftsliberalen Kräften, wie sie in Bang, Luther, Schacht und ebenso den meisten älteren Wirtschaftsführern verkörpert sind, zerlegen läßt.

Nimmt aber die Reichsregierung das Steuer der Wirtschaft nicht nur halb — wie bisher von Rohr —, sondern ganz in ihre Hand, so kann es gerade ihr gelingen, das Vertrauen der heute noch abseits stehenden Volksteile zu gewinnen und die alte Sehnsucht nach einer endlichen nationalen Einigung aller Deutschen zu erfüllen.

Song für die deutsche Eier- und Käseerzeugung

Berlin, 6. März. Im Reichsanzeiger erscheint eine Verordnung des Reichsfinanzministers und des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Hugenberg, durch die der autonome Zoll für Eier von 30 auf 70 RM, je Doppelzentner erhöht wird. Gleichzeitig wird der Reichsminister der Finanzen ermächtigt, die Einfuhr von 30 000 Doppelzentner Hartkäse zum Zolltarif von 30 RM, auch noch nach der allgemeinen Käsejollerhöhung zuzulassen. Damit wird der vor der Wahl bereits angekündigte Schutz für die deutsche Eier- und Käseerzeugung geschaffen. Die dem Reichsfinanzminister erteilte Ermächtigung, in beschränktem Umfang die Einfuhr von Hartkäse zum unveränderten autonomen Zolltarif zuzulassen, soll die Möglichkeit geben, den außenhandelspolitischen Interessen Rechnung zu tragen.



Das neue amerikanische Kabinett

Hughes als Außenminister und Finanzminister Woodin im Vordergrund

Der neue amerikanische Präsident Roosevelt übernahm sein hohes Amt. Durch Rundfunk wurde das feierliche Zeremoniell der Vereidigung und des Amtsantritts Roosevelts auch nach Europa übertragen, so daß Millionen deutscher Hörer am Samstag die seltene Gelegenheit hatten, die Feier, die auf der anderen Seite des Atlantik stattfand, mitanzuhören. Da der Präsident nach amerikanischer Verfassung mit der Würde des Staatsoberhauptes zugleich die Funktionen des Regierungschefs vereint, übernahm am selben Tage die von Roosevelt neu gegründete amerikanische Regierung die Staatsgeschäfte.

Die Liste der neuen amerikanischen Minister weist keine bekannten Namen auf. Die wiederholten Mitteilungen der Weltpresse über die Berufung einiger Mitarbeiter Wilsons in das Roosevelt'sche Kabinett erwiesen sich als unbegründet. Weder ist Norman Davis zum Staatssekretär des Außenwerts, noch Owen Young zum Schatzsekretär, d. h. zum Finanzminister, ernannt. Auch die Namen des Oberst Houje, des intimsten Beraters des Präsidenten Wilson, des führenden demokratischen Staatsmannes Baker und des demokratischen Gouverneurs des Staats New York, Al Smith, auf die allgemein getippt wurde, fehlen in der neuen Ministerliste.

Die Ernennung des demokratischen Senators Hull zum Außenminister der USA ist nunmehr offizielle Tatsache. Sie kann als große Überraschung gelten, da man nicht nur im Ausland, sondern sogar in den Vereinigten Staaten selbst mit diesem Manne an der Spitze der amerikanischen Außenpolitik am wenigsten gerechnet hatte. Nicht einmal die amerikanischen Botschaften und die Vertreter großer amerikanischer Blätter in Europa wußten über die Persönlichkeit des neuen Chefs des amerikanischen Außenamtes richtig Bescheid. In keiner Eigenschaft als Senator hat sich Hull bis jetzt in keiner Weise besonders bemerkbar gemacht und gilt somit auf dem Gebiete der Außenpolitik als unbeschriebenes Blatt.

In den Tagen, in denen eine gewaltige und unabsehbare Banken- und Finanzkrise das Land erschütterte, richteten sich die Augen des amerikanischen Volkes nicht so sehr auf den neuen Außenminister, als auf den Mann, den Roosevelt an die Spitze der staatlichen Finanzen stellte. Der neue amerikanische Schatzsekretär, William Woodin, ist im Gegensatz zu seinem Kollegen Hull eine in der amerikanischen Öffentlichkeit bekannte Persönlichkeit. Besonders in der Geschäftswelt, mit der Finanzminister Woodin aufs engste verknüpft ist, genießt er hohes Ansehen. Seit 1899 arbeitete Woodin bei einer der größten amerikanischen Eisenbahnwagenfabriken, der „American-Car and Foundry Company“, als Vorsitzender des Vorstandes und Generaldirektor, also ein ausgeprägter Geschäftsmann. Das große Werk, an dessen Spitze William Woodin stand, nahm seit Jahrzehnten innerhalb der amerikanischen Waggon-Industrie eine dominierende Stellung ein. Seit 1928 erzeugte das Werk, das übrigens in zehn amerikanischen Gliedstaaten Fabrikfilialen besitzt, auch Automobile und Schleppe. Jahr für Jahr verteilte die American-Car-Compagny an ihre Aktionäre hohe Dividenden und stand seit drei Jahrzehnten in Amerika im Rufe eines der best rentierten Industrieunternehmen. Allerdings machte sich die wachsende Krise auch hier bemerkbar. Das letzte Geschäftsjahr schloß die Gesellschaft ohne Gewinn ab. William Woodin beschränkte sich bis jetzt auf keine Privatgeschäfte und hatte mit Politik und Staatsfinanzen nichts zu tun. Die amerikanischen Blätter, die über das Finanzprogramm Woodins und seine Ansichten über die Bekämpfung der Bankenkrise nur sehr wenig zu berichten wissen, schildern dagegen sehr ausführlich das musikalische Talent des neuen Finanzministers. Er gilt als Musikmäzen und komponierte einige Musikstücke.

Einberufung des amerikanischen Kongresses zum kommenden Donnerstag

Washington, 6. März. Präsident Roosevelt hat den Bundeskongress zu einer Sonderession zum kommenden Donnerstag einberufen.

Das Goldausfuhrverbot der Vereinigten Staaten

New York, 6. März. Das Goldausfuhrverbot wird bis zum Donnerstag in Kraft bleiben, an dem der Kongress zu einer Sondertagung zusammentritt. Roosevelt soll die Absicht haben, den Kongress am Vollmachten im Rahmen der Verfassung zu erziehen. Schatzminister Woodin erklärte bestimmt, die Vereinigten Staaten hätten die Goldwahrung nicht aufgegeben. Es handle sich um eine „manipulierte Wahrung“.

Kolonialpolitische Fragen in Genf

Genf, 6. März. Im Hauptauschub der Vorkonferenz machte der französische Kolonialminister Sarrau eine Bemerkung, die direkt an Deutschland gerichtet war, und die in Kreisen der Konferenz lebhaft besprochen wurde. Der Hauptauschub behandelte bei dem Kapitel über die Effektivbestände die Frage der Kolonialtruppen. Der Präsident teilte mit, daß in dem vorgesehene Komitee auch Deutschland vertreten sein soll. Daraus erklärte der französische Kolonialminister, die französische Delegation schäufte sich besonders glücklich, daß Deutschland in diesem Komitee vertreten ist. Frankreich sieht die Dinge nicht bloß nur von augenblicklichen Gesichtspunkten an, denn eine solche Betrachtungsweise könnte manchmal dazu führen, keine abschließenden und notwendigen Maßnahmen zu treffen. Die französische Delegation sieht vielmehr in Zukunft ins Auge, was es möglich sein wird, daß gewisse europäische Nationen die heute keine Kolonien besitzen, sich dem Werke der Kolonialmächte anschließen könnten, zur Auswertung der immensen Kontinente wie z. B. Afrika die der gemeinsamen Verarbeitung aller europäischen Staaten barten. Volkswirtschaftler Kolobus dankte in einigen verbindlichen Worten dem französischen Vertreter und erklärte, daß Deutschland in dem Komitee mitarbeiten werde.

Schwere Brandstiftungen im Kreise Bergheim

Köln, 6. März. Die Regierungsprekassen teilte u. a. mit: In der Nacht auf Montag brach in den Sendorfer Glaswerken im Kreise Bergheim ein Großfeuer aus. Das Feuer wurde gleichzeitig an mehreren Stellen unter Detonationen aus-

Der herbeileitende Nachwächter wurde von den flüchtenden Brandstiftern beschossen. Ein Ubergreifen auf die eigentliche Glashütte konnte verhindert werden. Das Hauptgebäude brannte restlos nieder. Sieben Kommunisten wurden unter dem Verdacht der Brandstiftung festgenommen. In der Nacht auf 5. März wurde in Zieverich das Geschäft eines protestantischen Geschloßes von Kommunisten angezündet. Vier Kommunisten wurden festgenommen und dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Ungefähr zur gleichen Zeit versuchten bisher unbekannte Täter auf Schloß Schlenkerhan in Bergheim ebenfalls einen Brand anzulegen. Als die Brandstifter von einem Angehörigen des Stahlhelms überfallen wurden, schossen sie und schlugen den Stahlhelmer zu Boden. Die Täter flüchteten. In Köln kam es in einem Straßenviertel in der Gegend der Alten Mauer am Bach zu Ausschreitungen. Dort wurden von unbekannten Tätern die Sicherungen für die elektrische Straßenbeleuchtung herausgenommen und die Lampen teilweise beschädigt.

Neues vom Tage

General v. Stülpnagel †

Berlin, 6. März. Der Präsident des Reichskuratoriums für Jugendberichterstattung, General Edwin v. Stülpnagel, ist am Montag vormittag nach kurzer Krankheit plötzlich gestorben. Das Bedauern über das Hinscheiden dieses als Soldaten außerordentlich verdienten Mannes, bei dem das Reichskuratorium in den besten Händen lag, ist allgemein sehr groß. Ueber seinen Nachfolger wird das Kabinett wahrscheinlich schon in der Dienstag-Sitzung entscheiden. General v. Stülpnagel ist auch in Stuttgart noch in bester Erinnerung von seiner Tätigkeit als Infanterieführer.

Noch ein Reichstagsbrandstifter gefaßt?

Sammerdorf, 6. März. An der Grenze bei Tringshaus wurde in der Nacht zum Sonntag ein Mann festgenommen, der sich dadurch verdächtig machte, daß er am Samstagabend ein Telegramm nach Paris aufgegeben hatte. Bei dem Mann wurden an Händen und Füßen Brandwunden festgestellt, die die Vermutung aufkommen lassen, daß der Mann, der nach seinen Angaben ein in Berlin ansässiger russischer Emigrant ist, mit der Reichstagsbrandstiftung in Zusammenhang gebracht werden könne. Als Grenzbesitzer die Polizei verständigten flüchtete der Mann auf belgisches Gebiet, konnte aber später auf deutsches Gebiet abgedrängt und festgenommen werden. Die Ermittlungen sind noch im Gange.

Griechische Parlamentswahlen

Athen, 6. März. (Savas.) Die allgemeinen Ergebnisse für die griechischen Parlamentswahlen lauten für die Regierung sehr ungünstig. Man nimmt an, daß die Regierungsparteien nur 115 von insgesamt 248 Sitzen erhalten werden.

Militärregierung in Griechenland

Athen, 6. März. Unter Führung des Generals Plastiras wurde hier eine Militärregierung eingesetzt.

Ein Dampfer gelenkter

Songkran, 6. März. Der englische Passagierdampfer „Dandana“ ist auf der Höhe der Landspitze von Kola gelenkter. Das Schiff gilt als verloren. 280 Reisende und 30 Mann der Besatzung wurden von dem Dampfer „Anbu“ an Bord genommen. Weitere 114 Passagiere und 75 Mann der Besatzung haben sich in Rettungsboote begeben, sind aber noch nicht aufgefunden worden. Bisher steht noch nicht fest, wie viel Tote des Unglücks gefordert ist.

Aus Stadt und Land

Altensteig, den 7. März 1933.

Die Reifeprüfung (Maturitätsprüfung) hat mit gutem Erfolg bestanden Eise Schiller, Tochter des Apothekers Schiller hier. Wir gratulieren.

Heute mittag 12 Uhr tritt der S.-A.-Anschluß in Altensteig in Tätigkeit. Man kann von diesem Zeitpunkt an nicht mehr die gewünschte Nummer in Altensteig vom Telefon-Trüflein verlangen, sondern muß sich die Nummer am neuen Telefon-Apparat selbst nehmen. Am besten bedient man sich dabei des Fernsprechezeichnisses, das in der Geschäftsstelle dieses Blattes um den Preis von 40 Pfennig zu haben ist.

Diebstahl der Postkassette im Jahre 1932. Die 784 Postkassen der württembergischen Landespostverwaltung hat im Jahre 1932 9978 Diebstahlsfälle vorgekommen gegen 5974 im Vorjahre. Anzeigen, Berichte und Meldungen wurden 165 630 erhalten gegen 165 899 im Jahre 1931. An der Steigerung der Diebstahlsfälle ist vor allem der Diebstahl beteiligt (2945 Fälle gegen 2933 im Vorjahre). Verbrechen und Vergehen wider die Sittlichkeit machten 300 Festnahmen (259 im Vorjahre) erforderlich, Betrug und Untreue 252 (238), Diebstahl und Unterschlagung 917 (929), gemeingefährliche Verbrechen und Vergehen 201 (171), Widerstand gegen die Staatsgewalt 87 (94), Münzverbrechen 12 (12), Meineid 88 (49), Vergehen gegen die Religion 2 (1), Verbrechen und Vergehen wider das Leben 143 (125), Körperverletzung 143 (115), Verbrechen und Vergehen wider die persönliche Freiheit 34 (20), Raub und Erpressung 18 (28), Begünstigung und Hehlerei 24 (19), Urkundenfälschung 45 (42), Bankrott 5 (9), Jagdvergehen 78 (66), Sachbeschädigung 79 (63), Verbrechen und Vergehen im Amt 8 (8) usw.

Ragold, 6. März. (Vaterländische Rundschau.) Gestern Abend um 8 Uhr zog ein imposanter Fadelzug von etwa 150 Mann SA und SS unter lebhafter Beteiligung Ragolder Bürger und unter Vorantritt der SA-Kapelle Ragold durch die Straßen unserer Stadt. Auf dem Marktplatz angekommen spielte die Stadtkapelle das Beethoven'sche Potpourri „Flamme empor“. Nun begrüßte Bürgermeister Maier seine Mitbürger, besonders Dr. Stähle, als den ersten Reichstagsabgeordneten von Ragold. Er sprach dem Reichstagsabgeordneten Dr. Stähle im Namen der Stadt, des Gemeinderats und des Bezirks die herzlichsten Glück- und Segenswünsche zu seinem neuen Amte aus. Bür-

germeister Maier hat seine Mitbürger, den Glauben an die Rettung des Vaterlandes nicht aufzugeben, sondern sich einig und geschlossen hinter die Männer zu stellen, die das große Rettungswerk begonnen haben. Dr. Stähle lenkte unsere Stadt und den Bezirk und lenkte auch unsere Sorge über den Verfall der Holzwirtschaft sowie der Möbelindustrie. Bürgermeister Maier hat den neuen Reichstagsabgeordneten, in Berlin zu veranlassen, was auf wirtschaftlichem Gebiet nötig ist, um der Arbeitslosigkeit im Bezirk, sowie dem ganzen Schwarzwald zu steuern. Stadtrat Kubach betonte, man wolle heute keiner schlichten Freude darüber Ausdruck geben, daß wir unseren Mitbürger Dr. Stähle zu Hitler senden können. Die Stadtkapelle spielte nun den Armeemarsch Nr. 7, worauf Redakteur Köll feststellte, daß über die Hälfte der deutschen Nation unter dem Hakenkreuz und der schwarz-weiß-roten Fahne stehe. Köll beglückwünschte Dr. Stähle im Namen des Stahlhelms. Er richtete den Appell an die Bürger Ragolds, sich ein Beispiel an diesem Mann zu nehmen, der nur eines kenne, sein Vaterland. Jeder solle aktiv mitwirken und sich einreihen in die nationale Front. Köll schloß mit dem Worten, wir wollen einen Gott, ein Volk und ein Vaterland. Landtagsabgeordneter Ph. Bägner jagte, das Volk habe jetzt gesprochen. Die neuen Abgeordneten seien sich aber auch bewußt, welche ungeheure Arbeit sie zu leisten hätten. Wir Ragolder würden wissen, daß wir einen erst deutschen Kämpfer nach Berlin schicken, der sich des auf ihn gesetzten Vertrauens würdig zeigen wird. Noch seien im Bezirk Ragold 35 Prozent nicht in den Reihen der nationalen Front, es sollen aber alle kommen, egal wo sie bis jetzt standen, um zu helfen ein Reich aufzubauen, wie es Bismarck sich gedacht hat. Man könne keine goldenen Berge versprechen, man gelobe aber, seine Pflicht bis zum letzten zu tun. An deutschen Wesen müsse die Welt genesen. Landtagsabg. Bägner schloß mit der Bitte, mitzuarbeiten am Aufbau eines freien Großdeutschlands. Nach dem Marsch „Schwabenland, mein Heimatland“, betrat Reichstagsabgeordneter Dr. Stähle, von stürmischen Ovationen umdrängt, den Rednerplatz. Er sprach seinen Vorrednern tiefgefühlten Dank aus, er habe das Bedürfnis, den Dank von seiner Person auf Adolf Hitler, den Führer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, abzuliefern. Bisher habe er nichts von dem Gesagten im Parlament gehalten, aber ein Parlament, in dem Adolf Hitler den Reichskanzler führe, werde sicher ein Kabinett der produktiven Arbeit sein. Er wisse sich keinen schöneren Beruf als Kranken Menschen zu helfen, er wachse hinein in die größere Verantwortung, dem Volk zu helfen, das auch krank darniederliege. Sie würden nicht mit zwei Millionen untergeschlagenen Steuergebern in die Schweiz durchbrennen, sondern ihrem Grundgesetz treu bleiben „nichts für die Partei, alles fürs Vaterland“. Nach dem Absingen des Deutschlandliedes brachte Landtagsabg. Bägner noch ein dreifaches Sieges-Hell auf den Reichspräsidenten v. Hindenburg, den Reichskanzler Adolf Hitler und den Reichstagsabgeordneten Dr. Stähle aus. Im Gasthaus „Waldhorn“ war anschließend noch ein sehr gemüthlicher Abend. — Wir gratulieren Dr. Stähle zu seiner Wahl als Reichstagsabgeordneter. Die Stadt Ragold kann stolz darauf sein, nicht nur einen Landtagsabgeordneten, sondern auch im Reichstag einen Vertreter zu haben.

Knittelchen vom Oberamtsbezirk Calw. (Zwangsentweignung für den Bau der Kleinmetallstraße.) Das Oberamt macht bekannt: Die wegen Schneefall vertagte Tagfahrt findet am Donnerstag, den 9. März 1933, nachmittags 3 Uhr statt.

Freudenstadt, 6. März. (Auszeichnung.) Der Bierbrauerei W. Finkbeiner u. Söhne zum „Dreifönig“ hier, wurde von der Württ. Zentralstelle für Landwirtschaft die bronzene Staatsmedaille für hervorragende Leistungen auf dem Gebiete der Rindviehzucht verliehen und eine Ehrenurkunde hierüber ausgestellt.

Serrenberg, 6. März. (Eine Abfuhr erregter Bürger durch den Landrat.) Marschieren da gestern vor dem Oberamt 15 junge Männer in Feldgrau mit angezogenem Gewehr auf. Prächtige Gestalten, tadellos stramm diszipliniert, manches Gesicht darunter, das auch den Bürgern der Stadt nicht unbekannt sein dürfte. Es ist Hilfspolizei, als Bereitschaft für den ganzen Bezirk. In der Stadt patrouillieren zwei Patrouillen zu je zwei Mann. Aber nun das Merkwürdige schreibt Landrat Serrenberg: Nicht weniger als viermal wurde ich gestern Nachmittag und Abend auf die „Erregung“ aufmerksam gemacht, die sich nicht etwa bei Kommunisten, bei denen wäre es verständlich, sondern bei „ruhigen Bürgern“ bemerkbar machte, weil einige Feldgrau mit Gewehr in der Stadt sind. Diesen Herrschaften sei hier mit aller Deutlichkeit erklärt: Die Polizeigewalt und die Verantwortung für die öffentliche Sicherheit im Bezirk habe ich. Ich werde deshalb auch künftig das tun, was ich für richtig halte. Ob sich darüber jemand „erregt“, interessiert mich durchaus nicht. Mir solche „Erregung“ durch Mittelspersonen mitteilen zu lassen, ist daher höchst überflüssig. Das merke man sich, bitte!

Schramberg, 6. März. (Mauerer in der Nacht.) Am Samstag vormittag kürzte ein Teil der Mauer des Mühlgrabens mittam dem Geländer ein. Die Ursache liegt wohl im Witterungsumschlag, Auftauen des Erdreichs.

Ebingen, 6. März. (Erdbeben.) Montag früh wurde hier ein ziemlich heftiges Erdbeben verspürt.

Altkorf, O.A. Böblingen, 6. März. (Kampf mit der Schußwaffe.) In der Nacht zum Sonntag wurde der kommunistische Ortsführer Adolf Kolb von hier von dem Erich Weber wegen Verteilung politischer Schriften gesteckt, worauf Kolb von der Schußwaffe Gebrauch machte. Weber wurde in den Hals getroffen und lebensgefährlich verletzt. Sein Zustand ist hoffnungslos. Der Täter wurde festgenommen. Wie der Böblingen Bote berichtet, wäre der Täter beinahe gelunzt worden. Nur nach erstem Bemühen gelang es der Polizei, ihn zu befreien; jedoch mußte auch er ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Stuttgart, 6. März. (Vom herzoglichen Hauke.) Herzogin Kadejda, die Gemahlin des Herzogs Albrecht Eugen von Württemberg, wurde von einem gefundenen Sohn glücklich entbunden.



Auch Dr. Heuß gewählt. Auf der Reichsliste der Deutschdemokratischen Partei ist dann des technischen Wahlabkommens mit der Sozialdemokratie außer dem württ. Wirtschaftsminister Dr. Maier auch der frühere Reichstagsabgeordnete Dr. Heuß gewählt worden.

Dienstprüfung für Gerichtsvollzieher. Bei der kürzlich vorgenommenen Dienstprüfung für die Gerichtsvollzieher sind 26 Bewerber für befähigt erklärt worden.

Todesfall. Im Alter von nahezu 78 Jahren ist Oberamtmann a. D. Gustav Umland gestorben, der früher Universitätsrat in Tübingen und zuletzt bei der Zentralstelle für die Landwirtschaft tätig war, dann aber noch in der Armenfürsorge und der Bahnhofsmission eine segensreiche und dankenswerte Tätigkeit einleitete.

Edwinaach, Olt. Göppingen, 6. März. (Ortsvorsteherwahl.) Bei der Ortsvorsteherwahl erhielten Dr. Ruhn-Kleinertingen (Diplomlandwirt) 115 Stimmen, Johannes Bretel-Schlaf 80, Andreas Wagner von hier 15 Stimmen. Dr. Ruhn ist somit gewählt.

Heidenheim, 6. März. (Neueinstellungen bei der Württ. Kattunmanufaktur.) Wie wir hören, wurden in der Württ. Kattunmanufaktur kürzlich etwa 100 Arbeitskräfte neu einstellt.

24 Reichstagsabgeordnete in Württemberg

Stuttgart, 6. März. Im 31. Wahlkreis Württemberg-Hohenjollern sind 24 Reichstagsabgeordnete gewählt worden und zwar von den Nationalsozialisten 11 (bisher 5), von den Sozialdemokraten 3 (bisher 3), von den Kommunisten 2 (bisher 3), vom Zentrum 4 (bisher 4), von der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot 1 (bisher 1), vom Christlichen Volksdienst (infolge der Verbindung mit der Deutschen Volkspartei) 1 (bisher 1), vom Württ. Bauernbund 1 (bisher 1).

Durch Berechnung mit den Reststimmen in Baden erhalten die Sozialdemokraten einen Verbandsplatz in Württemberg, somit einen vierten Reichstagsplatz, das Zentrum und die Kampffront Schwarz-Weiß-Rot je einen Verbandsplatz in Baden.

Gewählt sind demnach:

Nationalsozialisten: Adolf Hitler, München; Dr. Fritd, Künzgen; Göring, Berlin; Dreher, Ulm; Grund, Münsingen; Olt. Künzgen; von Jagow-Ehlingen; Hählein-München; Riehn-Erfingen; Stehle-Bittelbrunn (Hohenjollern); Zeller-Stuttgart; Friedrich Schmidt-Stuttgart. Falls Hitler, Fritd und Göring in Württemberg verzeichnet wären, würden nachträglich Ralzer-München; von Wangell-Gut Schöneberg (Gemeinde Lauchheim Olt. Ellwangen); Dr. Stähle-Nagold.

Sozialdemokraten: Hofmann-Stuttgart; Dr. Schumacher-Stuttgart; Ulrich-Heilbronn; Weimer-Stuttgart.

Kommunisten: Thälmann-Hamburg; Klara Zetkin-Berlin. Falls Thälmann in Württemberg verzeichnet, rückt Buchmann-Stuttgart nach.

Zentrum: Dr. Volz-Stuttgart; Katay-Dürren Olt. Reutlingen; Job. Groß-Stuttgart; Wiedemeier-Ulm.

Kampffront Schwarz-Weiß-Rot: Dr. Hagenberg-Berlin (im Falle seines Verzichtes Dr. Wider-Stuttgart).

Christlich-Sozialer Volksdienst: Simpfendorfer-Korntal. Württ. Bauern- und Weingärtnerbund: Hans-Heilbronn.

Neuweiler.

Am Donnerstag, den 9. März 1933 findet hier



Krämer-, Vieh- und Schweinemarkt

Statt, wozu Einladung ergeht. Gemeinderat.

Konsum- und Sparverein Nagold.

Am Donnerstag, den 9. März 1933, abends 8 Uhr findet im Gasthaus zum „Engel“ in Altensteig eine

Mitglieder = Versammlung

Geschäftsführer Maurer wird sprechen über: „Die Konsumvereine und ihre wirtschaftliche Bedeutung.“

Wir laden alle Mitglieder des Konsumvereins zu dieser Versammlung ein und bitten um zahlreicher Besuch.

Die Aufsichtsratsmitglieder von Altensteig.

Verkaufe am Mittwoch, den 8. März von 8-11 Uhr schöne, starke

Milch- u. Läufer-schweine

bei der „Sonne“ in Fährbrunn. Wiedmann, Altmühle, Telefon Nr. 17.

Die neuen

Telefon-Verzeichnisse

mit den N.-Nummern sind fertiggestellt und sind zu haben in der

Buchhandlung Lauf, Altensteig. Preis 40 Sch.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Zu Preußen (Schulzeit am 8. März. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat der Kommissar des Reiches anlässlich der geschichtlichen Wende, die der überwältigende Wahlsieg der nationalen Front für Deutschland bedeutet, verfügt, daß an sämtlichen ihm unterstehenden Schulen Preußens am Mittwoch, den 8. März, der Unterricht ausfällt.

Thüringer Schulleiertag aus Anlaß des Wahlsieges. Das Volksbildungsministerium hat angeordnet: Aus Anlaß des überwältigenden Wahlsieges der Reichsregierung Adolf Hitler, fällt am 7. März, der Unterricht in allen Schulen Thüringens aus.

Die sozialdemokratische Presse in Thüringen verboten. Das thüringische Staatsministerium hat die in Thüringen erscheinenden sozialdemokratischen Tageszeitungen auf 14 Tage verboten.

Stundtisch

Mittwoch, 8. März, 10.10 Uhr aus Rannheim: Bläsertrio für Flöte, Klarinette und Fagott, 10.30 Uhr aus Freiburg: „Sonntagskonzert“, 12 Uhr aus Freiburg: Konzert, 13.30 Uhr aus Köln: Mittagskonzert, 16 Uhr aus Karlsruhe: Kinderstunde, 17 Uhr aus München: Nachmittagskonzert, 18.15 Uhr: „Ankerheimstunde“, Prof. Dr. Fischer spricht über „Die großen Bauwerke in Württemberg“, 18.40 Uhr: Dr. Kallies spricht über „Zeugnis und sonstige Arbeitspapiere“, anschließend Informationsberichte über die Lage am Südwestdeutschen Landesproduktmarkt, 19.15 Uhr: Lons-Lieder, 19.40 Uhr nach Frankfurt: 19.40 Uhr nach Frankfurt: Kleine Silde für Violine, 20.10 Uhr nach Frankfurt: Unbekanntes Europa: Irland, die grüne Insel, 21.10 Uhr aus Frankfurt: Konzert, 22.45 Uhr aus München: Kochmusik.

Handel und Verkehr

Getreide

Berliner Produktendörse vom 6. März. Weizen märz. 198 bis 200 Roggen märz. 155-157. Braunerste 172-180. Futter- und Inbrotsteine 163-171. Hafer märz. 125-128. Weizenmehl 23.75-27. Roggenmehl 20.80-22.75. Weizenkleie 8.75-9. Roggenkleie 8.75-9. Viktoriaerbsen 21-24. Keine Speiseerbsen 19 bis 21. Futtererbsen 12-14 RM. Allgemeine Tendenz: fest.

Märkte

Mannheimer Schlachtviehmarkt vom 6. März. Zu Fuß: 165 Ochsen, 117 Bullen, 243 Kühe, 338 Färsen, 684 Kälber, 16 Schafe, 2225 Schweine, 1 Pige. Preise: Ochsen a 28-31 b 22-25 c 24 bis 26, Bullen a 22-26, b 21-23 c 18-21, Kühe a 22-25, b 18-21, c 14-17, d 12-14, Färsen a 28-32, b 24-27 c 22-24, Kälber b 42-44, c 38-41 d 34-37, e 27-30, Schafe b 18-25, Schweine b 41-42, c 41-42, d 39-41, e 37-39, f 34-37 RM. Marktverlauf: Großvieh mittel, geräumt; Kälber mittel, geräumt; Schweine rubig, kleiner Heberstand.

Solzerkäse. Bei den im Monat Februar vorgenommenen Solzerkäseausstellungen wurden folgende Erträge erzielt. Es wurden an Radelkammhols verkauft Fichten und Tannen 56 733 Hektometer mit einem Ertrag von 43.3 Prozent der Landeserndterträge gegen 43.6 Prozent im Januar und 43.2 Prozent im Dezember. Außerdem wurden verkauft Fichten und Tannen 8562 Hektometer bei einem Ertrag von 51.8 Prozent gegen 52.2 Prozent im Januar und 49.2 Prozent im Dezember. Beim Verkauf von Laubkammhols schwankten die Preise für Fichten zwischen 69 und 85 Prozent für Kiefer zwischen 76 und 85 Prozent der Landeserndterträge. Bei Radelholsstangen betrug der Durchschnitt 67 Prozent der Landeserndterträge. An Brennholz wurden im Februar verkauft 60 309 Kammmeter Laubholz und 46 984 Kammmeter Radelholz bei einem Durchschnittsertrag von 63 Prozent der Landeserndterträge gegen 60 Prozent im Monat Januar und 61 Prozent im Monat Dezember.

Calw, 6. März. (Vom Wochenmarkt.) Infolge des schönen Wetters war der Markt zu der letzten Jahreszeit gut besucht. Für Postkauf wurden in guter Qualität 25 Schilling pro Pfund verlangt und auch bezahlt. Der Eier- und Buttermarkt war stark besetzt. Die Eier gingen teilweise bis auf 8 Schilling pro Stück zurück. Neu waren Gänsefleisch, pro Stück zu 30 Schilling. Die Butterpreise bleiben sich im allgemeinen gleich, neigen aber eher etwas abwärts. Landbutter kostete 1.10 Mark pro Pfund.

Letzte Nachrichten

Hitler, Fritd und Göring je 36 mal gewählt

Berlin, 7. März. Durch das seit einigen Jahren üblich gewordene Verfahren, namhafte Parteiführer überall als Spitzenkandidaten aufzustellen, ist auch jetzt wieder eine große Zahl von Mitgliedern des neuen Reichstages diese Male gewählt worden. Auf den nationalsozialistischen Listen standen durchweg Hitler und die Reichsminister Dr. Fritd und Göring an der Spitze, so daß diese drei Abgeordneten, wie die vom Parlamentsdienst der U. herausgegebene „Wandelschau“ feststellt, insgesamt 36-mal gewählt worden sind, nämlich in den 35 Wahlkreisen und einmal auf der Reichsliste.

Rundfunkvortrag des Reichspressechefs über die Lage nach der Wahl

Berlin, 6. März. Zur Lage nach der Reichstagswahl spricht auf Veranlassung der Reichsregierung der Reichspressechef Herr Ministerialdirektor Junk am Dienstag, 7. März, von 19.30-20.00 Uhr. Der Vortrag wird über alle deutschen Rundfunksender verbreitet werden.

Wetter für Mittwoch

Nach Durchzug eines Ausläufers der nördlichen Depression ist wieder Aufhellung eingetreten. Für Mittwoch ist nur zeitweilig bedecktes, aber immer noch unbeständiges Wetter zu erwarten.

Druck und Verlag der W. Kiefer'schen Buchdruckerei, Altensteig. Verantwortlich für die Schriftleitung: L. Paul.

Ziehung 14. März Die beliebte Frühjahrs-Geld-Lotterie 2322 Geldgewinne Mark 12000 3000 1000 1000

Statt Karten! Edellweller - Pfalzgrafenweiler. Hochzeits-Einladung. Wir erlauben uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Donnerstag, den 9. März 1933 in unserem elterlichen Gasthaus zum „Engel“ in Pfalzgrafenweiler stattfindenden Hochzeitsfeier freundlichst einzuladen. Fritz Schurr Sohn des Gottfr. Schurr Edellweller Emmy Eistetter Tochter des Johs. Eistetter Pfalzgrafenweiler Kirchliche Trauung 1/2 12 Uhr.

Ca. 100 Zentner Futter-Küben verkauft oder tauscht auch gegen Getreide Chr. Kienzle, Spielberg.

Zahlungsbefehle sind zu haben in der Buchhandlung Lauf in Altensteig und Nagold.

Donnerstag, den 9. März Fahrt nach Stuttgart Abfahrt 7.30 Uhr. Fahrpreis RM. 4.50 für Hin- und Rückfahrt. Anmeldungen im Gasthof Grüner Baum, Telefon 20.

Wir zeigen unseren Schimmel (Wallach) dem Verkauf aus Beech & Ziegler Altensteig.

Sofort billig zu verkaufen: 1 bereits neues Damenrad 1 bereits neues Herrenrad 1 guterhaltenes Herrenrad W. Schneider, Schmiedmstr. Spielberg.

Inserate haben jederzeit besten Erfolg!

Die Deutschen kommen! Wie es 1914 in Paris aussah, als die Deutschen vor den Toren standen, als sich Frankreich schon verloren gab und seine Regierung die Hauptstadt verließ. - Kaufen Sie sich die Berliner Illustrierte Zu haben in der Buchhandlung Lauf Altensteig und Nagold